

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Schulen, Jugend, Sport und Soziales
am Mittwoch, dem 26.04.2017, 17:00 Uhr,
im Rathaus in Friedeburg**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Maïke Eilers, Abickhåfe (Vorsitzende)
Kirsten Getrost, Horsten
Frauke Heeren, Reepsholt
Thorsten Hyda, Friedeburg
Gudrun Jeske, Reepsholt
Kai-Uwe Lassowski, Dose
Stefan Meyer, Horsten, Vertretung für Rh. Björn Fischer
Habbo Reents, Dose, Vertretung für Rfrau Maïke Behrens
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ stimmberechtigte Mitglieder des Schulausschusses

Nicole Felsmann, Lehrervertreterin

→ beratende Mitglieder für den Kindergartenbereich

Silvia Janßen, Elternvertreterin

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Milena Gierszewski, Jugendparlament
Dennis Harms, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Bürgermeister Helfried Goetz
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz
GA Tobias Zunker, zugleich Protokollführer

→ Gäste

Dieter Krott, Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen – Bezirksstelle
Aurich, zu Top 6
Jennifer Fabbi, Studentin, zu Top 7
Marion Seter, Gemeindejugendpflege, zu Top 8
Dirk Wagner, Gemeindejugendpflege, zu Top 8

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 12.04.2017 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 10 Ja-Stimmen zugestimmt. .

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.02.2017

Rfrau Getrost bat darum, das Protokoll der Sitzung vom 08.02.2017 dahingehend zu ergänzen, dass Sie in der Sitzung zu TOP 8 (Erweiterung des Jugendhauses Friedeburg zu einem sozialen Zentrum – Projektantrag Land(auf)schwung) geäußert habe, dass Sie Zweifel habe, ob die veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,- € ausreichend seien, um die erforderlichen Umbaumaßnahmen gerade im Blick auf Barrierefreiheit und Brandschutz realisieren zu können.

Der BM erklärte, dass dieser Zusatz zum Protokoll im Protokoll der Sitzung vom 08.02.2017 an entsprechender Stelle festgehalten werde.

Das Protokoll der Sitzung vom 08.02.2017 wurde mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

TOP 6 Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung über die Situation der ärztlichen Versorgung in der Gemeinde Friedeburg Vorlage: 2017-035

Der BM erklärte, dass die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum seit einiger Zeit ein wichtiges Thema der Kommunen im Allgemeinen und der Gemeinde Friedeburg im speziellen sei. Insofern bedankte sich der BM beim Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen – Bezirksstelle Aurich, Herrn Dieter Krott für seine Zusage im Fachausschuss näheres zur Situation der ärztlichen Versorgung in der Gemeinde Friedeburg zu erläutern.

Die Vorsitzende erteilte Herrn Krott das Wort. Er referierte über den Aufgabenumfang und die Grundsätze der kassenärztlichen Vereinigung referierte und veranschaulichte die Situation der ärztlichen Versorgung im Landkreis Wittmund. Er teilte mit, dass die ärztliche Versorgung im Landkreis Wittmund derzeit bedarfsdeckend sei und keine medizinische Unterversorgung drohe.

Der BM bedankte sich bei Herrn Krott für seinen Bericht und fragte, wie die angegebene Sollzahl von 1.671 potentiellen Patienten pro Hausarzt ermittelt worden sei. Herr Krott teilte dazu mit, dass es sich hierbei um eine Nennzahl handele, die sich um 1990 herum aus der damaligen ärztlichen Versorgung ergeben habe, und seitdem nur noch geringfügig verändert wurde.

Der BM rechnete vor, dass sich aus der genannten Sollzahl für das Gebiet der Gemeinde Friedeburg 6 Hausärztestellen ergeben würden, die aber über den gesamten Landkreis Wittmund abgedeckt würden. Er wies darauf hin, dass sich auf diese Weise gerade in großen Landkreisen Unschärfen hinsichtlich der tatsächlichen Situation ergeben würden. Er fragte, ob es einen flächenmaßstab gäbe, der es der kassenärztlichen Vereinigung ermögliche, kleinräumiger zu planen. Herr Krott erklärte, dass man die Krankenkassen bisher nicht habe davon überzeugen können entsprechende Anpassungen vorzunehmen, auch wenn unterschiedliche Lösungsansätze diesbezüglich fortlaufend diskutiert würden.

Der BM fragte ferner danach, ob die beiden für die Inselgemeinde Langeoog ausgeschriebenen Ärztestellen bei der Berechnung des Festlandsolls berücksichtigt, oder ob diese als Sonderbedarf angesehen würden. Herr Krott teilte dazu mit, dass Ärztestellen auf der Insel als Sonderbedarf gelten würden und somit bei der Berechnung des Landkreis-Solls nicht berücksichtigt würden.

Rh Meyer wies darauf hin, dass die Bevölkerung in Horsten dringend auf einen Arzt warten würde, während beispielsweise in der Nachbargemeinde Sande drei Hausärzte in einer Praxis untergebracht seien. Er fragte, ob es nicht möglich wäre, die Zulassung an anderen Stellen zu beschränken um den Anreiz für die Niederlassung in Horsten zu stärken. Herr Krott antwortete dazu, dass die Ärztestelle in Horsten immer wieder beworben würde, letztlich aber die Ärzte selbst entscheiden würden, wo sie tätig werden wolle. Der BM ergänzte dazu, dass bereits viele Gespräche geführt worden seien, um einen Arzt für Horsten zu finden, aktuell seien vielversprechende Fortschritte bei der Suche gemacht worden, so dass er zuversichtlich sei, bald einen Arzt oder eine Ärztin für Horsten zu finden.

Elternvertreterin Janßen fragte, ob nicht die Möglichkeit bestehe, Auswahlmöglichkeiten der Ärzte für die Niederlassung im Landkreis Wittmund auf unterversorgte Orte zu beschränken. Herr Krott verneinte dies, erklärte hierzu aber, dass für die Ortschaft Horsten ein Sonderbedarf festgestellt werden könne, sollte sich ein Arzt finden und das berechnete Ärztesoll bereits abgedeckt sein.

Rfrau Getrost bat darum, die Präsentation von Herrn Krott dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

**TOP 7 Inklusion an Grundschulen - Bericht über die Untersuchung hinsichtlich
Barrierefreiheit an den Friedeburger Schulstandorten
Vorlage: 2017-037**

Der BM wies daraufhin, dass das Thema Inklusion bereits seit 2013 die Grundschulen der Gemeinde Friedeburg beschäftige. Er sei deshalb froh und dankbar darüber, dass sich mit der Studentin Jennifer Fabbi jemand mit einem Blick von außen dem Thema angenommen habe, und die Schulen hinsichtlich dem Sachstand der Barrierefreiheit auseinandergesetzt habe.

Frau Fabbi stellte zunächst ihre Projektidee, den Projektlauf und schließlich die Ergebnisse ihrer Betrachtung vor. Insgesamt werde die Arbeit der Schulen im Bezug auf das Thema Inklusion sehr positiv bewertet. Vor allem im Bereich der baulichen Barrieren und der personellen Ausstattung werde aber Verbesserungspotential gesehen.

Rh. Thorsten Hyda verlässt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Der BM bedankte sich bei Frau Fabbi für ihre umfangreiche Arbeit und zeigte sich erfreut über die Ergebnisse der Befragungen. Außerdem sprach er den Schulen für ihr Engagement und die geleistete Arbeit im Bereich der Inklusion Lob und Dank aus.

Rfrau Getrost bedankte sich ebenfalls bei Frau Fabbi für ihre umfangreiche Arbeit und bei den Schulen für ihr Engagement. Sie wies daraufhin, dass Inklusion ein sehr umfassendes Gebiet sei und bat vor allem darum bei der barrierefreien Beschilderung der Räumlichkeiten, auch sehingeschränkte Schülerinnen und Schüler zu bedenken. Ferner fragte Sie, inwiefern die Schulen das Thema Inklusion bereits umsetzen und ob Vorbereitungen für spezielle Fälle bereits getroffen würden.

Lehrervertreterin Felsmann erklärte, dass in den Friedeburger Grundschulen das Thema Inklusion bereits seit Jahren gelebt werde. Der Lehrkörper der Schule bilde sich regelmäßig bedarfsgerecht fort. Tatsächlich sei aber keine ausgebildete Fachkraft an den Schulen vorhanden. Frau Felsmann betonte aber die enge Zusammenarbeit zwischen den Kindergärten, Grundschulen und dem Schulträger. Auch die weiterführenden Schulen würden durch die Grundschulen regelmäßig über die Entwicklung betroffener Kinder informiert. Der personelle Mangel werde regelmäßig gegenüber der zuständigen Landesschulbehörde geäußert, vor allem deshalb, weil selbst die gesetzlich vorgesehenen, zustehenden Stunden für eine Fachkraft häufig in Ermangelung ausreichend qualifizierten Personals nicht bereitgestellt werden könnten. Lobenswert sei aber die Akzeptanz der Kinder untereinander und die gegenseitige Hilfestellung im Umgang mit Barrieren.

Jugendbürgermeister Dennis Harms lobte Frau Fabbi für ihre umfangreiche Arbeit. Er wies daraufhin, dass der Eingang der Grundschule Reepsholt vor einiger Zeit nicht barrierefrei zugänglich gewesen sei und fragte, ob diesbezüglich mittlerweile Abhilfe geschaffen wurde. GA Zunker bestätigte, dass der Haupteingang der Grundschule Reepsholt mittlerweile barrierefrei zugänglich sei.

Dem Leiter der Grundschule Horsten, Herrn Ecker wurde das Wort erteilt. Er wies daraufhin, dass die Friedeburger Grundschulen überwiegend nicht barrierefrei zugänglich und sie nicht darauf vorbereitet seien, würde ein kurzfristiger Bedarf entstehen.

GA Zunker erklärte, dass aus den Ergebnissen von Frau Fabbi hinsichtlich der baulichen Barrieren ein Handlungskonzept entwickelt werden solle, um die eingeplanten Haushaltsmittel für die schrittweise Beseitigung von Barrieren einzusetzen. Diese Planungen sollen dem Fachausschuss im Herbst des Jahres vorgestellt werden.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

TOP 8 Jahresbericht 2016 der Friedeburger Jugendpflege

Vorlage: 2017-038

Marion Seter und Dirk Wagner, Mitarbeiter der Gemeindejugendpflege präsentierten den Jahresbericht der Jugendpflege 2016 und wiesen auf aktuelle Tendenzen und Entwicklungen der Jugendarbeit der Gemeinde Friedeburg hin.

Jugendbürgermeister Dennis Harms betonte das Engagement des Arbeitskreises Integration im Zusammenhang mit dem internationalen Barbecue im Waldfreibad Friedeburg.

Rh. Lassowski fragte, warum es im Haus der Jugend Horsten derzeit noch keinen W-LAN-Hotspot gäbe. GA Zunker teilte hierzu mit, dass zunächst das Haus der Jugend in Friedeburg ausgestattet worden sei und dies in Horsten nun in den kommenden Wochen ebenfalls vorgesehen sei.

Der BM lobte die Arbeit der Gemeindejugendpflege und bedankte sich für das Engagement.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

Jugendbürgermeister Dennis Harms erläuterte den Antrag des Jugendparlaments auf Änderung von Satzung und Wahlordnung.

Rfrau Getrost erklärte, dass das Jugendparlament seit Jahren eine hervorragende und wertvolle Arbeit für die Gemeinde Friedeburg leiste und der Gemeinderat den Empfehlungen des Jugendparlaments auf Änderung von Satzung und Wahlordnung entsprechen sollte.

Außerdem beantragte Rfrau Getrost, den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage dahingehend zu ergänzen, dass auch dem Schriftführer eine monatliche Aufwandentschädigung in Höhe von 10,- € gewährt werde. Außerdem sollten die Jungparlamentarier die Möglichkeit erhalten, für die Teilnahme an aufwandsreichen Veranstaltungen eine zusätzliche Aufwandentschädigung zu beantragen.

Rfrau Jeske teilte mit, dass die Anhebung der Altersgrenze seitens der SPD-Fraktion kritisch gesehen werde, da die Gefahr bestehe, dass die älteren Mitglieder des Jugendparlaments die jüngeren dominieren könnten. Es werde daher Einzelabstimmung zu den Punkten des Beschlussvorschlages beantragt.

Jugendbürgermeister Dennis Harms wies darauf hin, dass gerade die jüngere Altersgruppe derzeit gar nicht im Jugendparlament repräsentiert sei. Außerdem seien gerade ältere Jugendliche in der Lage ihren Standpunkt auch gegenüber den politischen Gremien der Gemeinde Friedeburg zu vertreten.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einzelabstimmung zu den Punkten der Beschlussvorlage wurde mit 3 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem auf Antrag von Rfrau Getrost geänderte Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 12.04.2017 wurde mit 8 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, dem Gemeinderat folgende Beschlüsse zu empfehlen:

1. § 4 Abs.1 der Satzung des Jugendparlaments der Gemeinde Friedeburg vom 27.03.2014 erhält folgende Fassung:

Jeder, der den 1. Wohnsitz in der Gemeinde Friedeburg hat und der zwischen dem vollendeten 12. Lebensjahr und bis zum vollendeten 25. Lebensjahr alt ist,, hat das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht. Maßgeblich ist das Alter am Wahltag.

2. § 5 Abs.3 der Satzung des Jugendparlaments der Gemeinde Friedeburg vom 27.03.2014 erhält folgende Fassung:

Der gewählte Kandidat/die gewählte Kandidatin hat seine/ihre Mandatsannahme innerhalb von 14 Tagen nach der Benachrichtigung durch die Gemeinde Friedeburg schriftlich zu bestätigen. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Rückmeldung, gilt dies als Mandatsverzicht.

3. § 5 Abs.4 der Satzung des Jugendparlaments vom 27.03.2014 erhält folgende Fassung:

Scheidet ein Mitglied aus dem Jugendparlament aus, so rückt der Kandidat/die Kandidatin mit der jeweils höchsten Stimme der letzten Wahl nach. § 5 Abs.3 gilt entsprechend.

4. § 5 der Satzung des Jugendparlaments vom 27.03.2014 wird um Absatz 6 in folgender Fassung ergänzt:

Fehlt ein Mitglied des Jugendparlaments bei mindestens drei Sitzungen innerhalb von sechs Monaten, ohne den/die Jugendbürgermeister/in über das Fernbleiben zu informieren, gilt dies als Mandatsverzicht. Der Mandatsverzicht ist vom Jugendparlament durch Beschluss festzustellen.

5. § 5 der Wahlordnung für das Jugendparlament der Gemeinde Friedeburg vom 27.03.2014 erhält folgende Fassung:

Jeder, der seinen 1. Wohnsitz in der Gemeinde Friedeburg hat und am Wahltag das 12., aber noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat, hat das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht.

6. § 15 Abs.1 der Satzung des Jugendparlaments vom 27.03.2014 erhält folgende Fassung:

Das JuPA erhält im Rahmen der von der Gemeinde Friedeburg zur Verfügung gestellten Mittel einen eigenen selbst zu verwaltenden Haushalt. Die Gelder dürfen nur im Sinne der Geschäftsordnung und Satzung verwendet werden. Das JuPA entscheidet im Rahmen des geltenden Rechts über die Verwendung der Gelder. Den Mitgliedern des JuPA wird für die Teilnahme an Sitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 € je Sitzung gezahlt. Zusätzlich erhalten der/die Jugendbürgermeister/in eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 €, sowie der/die stellvertretende/r Jugendbürgermeister/in und der/die Schriftführer/in eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,00 €. Die Mitglieder des Jugendparlaments können außerdem für die Teilnahme an aufwandsreichen Veranstaltungen eine zusätzliche, einmalige Aufwandsentschädigung beantragen. Die Gemeinde Friedeburg sollte nach besten Möglichkeiten die finanzielle Unterstützung bereitstellen, um die produktive Arbeit des JuPA zu gewährleisten. Der Posten JuPA ist in den Haushalt der Gemeinde Friedeburg fest einzuplanen.

TOP 10 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Der BM berichtete gemäß der beigelegten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 11 Anfragen und Anregungen

Rfrau Jeske wies darauf hin, dass die SPD-Ratsfraktion im Zuge der Abstimmung zu Top 9 davon ausgegangen sei, dass zunächst nur über den Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlags von Rfrau Getrost abgestimmt werde und sich die Abstimmung über den ergänzten Beschlussvorschlag daran anschließe. Der BM wies auf die Möglichkeit hin, dieses Missverständnis im Verwaltungsausschuss heilen zu können.

Die Elternvertreterin Janßen teilte mit, dass ihr zugetragen worden sei, dass eine Feuertreppe an den Kindergarten Marx nicht eingerichtet werden solle. Der BM erklärte hierzu, dass die Notwendigkeit für den Einbau einer Feuertreppe am Kindergarten Marx nicht bestehe, da der obere Raum nicht als Betreuungsraum genutzt werden, sondern sich nur vereinzelt Kinder dort aufhalten. Diese könnten von einer Feuerleiter aber nicht profitieren. Alternativ zur Feuertreppe solle nunmehr stattdessen ein Alarmplan erstellt werden, der der Feuerwehr den Zugang zum Gebäude von außen ermögliche. Derzeit werde über die Umsetzung Ergebnisoffen diskutiert.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 19:15 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer